

Antrag

der Fraktion Die Linke

Humanitäre Lage in Rojava – Anerkennung und Hilfe für kurdische Menschen im Nord- und Ostsyrien und Ausschluss der Zusammenarbeit mit islamistischen Akteuren

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

1. die humanitäre und menschenrechtliche Lage der Kurd*innen im Nordosten Syriens anzuerkennen und jegliche Zusammenarbeit mit den islamistischen Akteuren auszuschließen,
2. alle aufenthaltsrechtlichen Ermessensspielräume, die in der Zuständigkeit des Landes Berlin stehen, wie humanitäre Aufnahmeregelungen und Bleiberecht nach der Härtefallregelung, auszuschöpfen, um Menschen aus dem Nordosten Syriens und Angehörigen ethnischer und religiöser Minderheiten aus ganz Syrien Schutz zu gewähren,
3. sich dafür einzusetzen, dass die Bundesregierung, die EU und weitere Staaten Rojavas autonome Selbstverwaltung anerkennen,
4. mit der kurdischen Stadt Kobanê im Norden Syriens eine offizielle Städtepartnerschaft zu beschließen. Kobanê steht für ein in der Region einzigartiges demokratisches und soziales Projekt. Die Menschen dieser Stadt haben sich erfolgreich gegen den Terror des sogenannten „Islamischen Staates“ behauptet und kämpfen bis heute für Freiheit, Selbstbestimmung und die Gleichstellung von Frauen*. Eine solche Städtepartnerschaft wäre ein starkes Zeichen internationaler Solidarität,
5. sicherzustellen, dass Menschen, die gegen die Lage in Syrien hier in Berlin demonstrieren, insbesondere Kurd*innen, Jesid*innen, Alawit*innen und Drus*innen, wirksam geschützt werden,

6. sicherzustellen, dass Angehörige ethnischer Minderheiten insbesondere Kurd*innen, Jesid*innen, Alawit*innen, Drus*innen, sowie politische Aktivist*innen vor Einschüchterung, Bedrohung und Ausspähung durch syrische und islamistische Akteure hier in Berlin wirksam geschützt werden,
7. sich gegenüber der Bundesregierung für einen bundesweiten Abschiebestopp nach Syrien einzusetzen.

Begründung:

Seit Jahresbeginn kommt es im Norden und Nordosten Syriens (Rojava/ Demokratisch Autonome Selbstverwaltung Nord- und Ostsyrien) zu massiver Eskalation der Gewalt durch bewaffnete Akteure, wie die in die syrische Armee der sogenannten syrischen Übergangsregierung integrierte dschihadistische Nachfolge-Organisation von al-Qaida, HTS (Hay'at Tahrir al-Sham), sowie die von der Türkei ausgebildete und unterstützte SNA (Syrian National Army). Die Demokratisch Autonome Selbstverwaltung kämpft ums politische und physische Überleben.

Diese Kräfte greifen gezielt kurdische Gebiete, Wohnviertel und zivile Infrastruktur an. Die Zivilbevölkerung wird bombardiert, vertrieben und getötet. Bereits Hunderttausende Menschen mussten ihre Heimat verlassen und befinden sich auf der Flucht, während gleichzeitig eine systematische Destabilisierung der gesamten Region betrieben wird.

Besonders alarmierend sind Angriffe auf Infrastruktur und medizinische Einrichtungen. Krankenhäuser und humanitäre Organisationen wurden beschossen. Einrichtungen des Kurdischen Roten Halbmonds waren Ziel von Angriffen. Medizinisches Personal wurde zeitweise entführt. Verletzte mussten unter Beschuss evakuiert werden. Diese Gewalt richtet sich bewusst gegen die kurdische Selbstverwaltung und ihre gesellschaftlichen Strukturen.

Allen voran sind Frauen und Mädchen durch islamistische Gruppen besonders gefährdet. Seit Jahren liegen Berichte internationaler Organisationen über schwere Menschenrechtsverletzungen, wie sexualisierte Gewalt, Zwangsehen, Versklavung und öffentliche Erniedrigung, vor.

Kurdische Kräfte und insbesondere kurdische und jesidische Frauen waren es, die jahrelang und unermüdlich gegen die Kontrolle und Macht durch den sogenannten „Islamischen Staat“ gekämpft haben. Sie haben sich für Freiheit, Sicherheit, Selbstbestimmung und Gleichberechtigung eingesetzt. Ihnen steht internationale humanitäre Hilfe zu.

Das Selbstverwaltungsmodell in Nord- und Ostsyrien gilt in diesem Zusammenhang als bedeutendes Beispiel für ein politisches System, das auf Vielfalt, religiöse und ethnische Koexistenz sowie die gleichberechtigte Beteiligung von Frauen setzt.

Ende Januar einigten sich die Syrian Democratic Forces (SDF) und die syrische Übergangsregierung (STG) zwar auf einen Waffenstillstand, wie die Selbstverwaltung Nordostsyriens (DAANES) in einer Mitteilung bekannt gab. Dieser bleibt aber weiterhin fragil. (<https://www.zeit.de/politik/ausland/2026-01/konflikt-syrien-regierung-sdf-abkommen-gxe>)

Von internationaler Tragweite sind Angriffe auf IS-Gefängnisse und Internierungslager. Ziel ist offenbar die Befreiung tausender inhaftierter IS-Kämpfer und Unterstützer. Eine Massenflucht würde die regionale und internationale Sicherheit massiv gefährden.

Nachdem Islamisten, darunter auch deutsche Staatsbürger, aus den Gefängnissen bereits entkommen konnten, wächst in der kurdischen Community die Angst vor Rückkehrern. Diese Sorge muss ernst genommen werden (<https://www.fr.de/politik/trotz-warnungen-is-kaempfer-entkommen-aus-syrischen-gefaengnissen-94138868.html>). Der IS ist weiterhin transnational organisiert. Seine Netzwerke reichen bis nach Europa. Der Schutz dieser Einrichtungen ist daher eine globale Sicherheitsfrage.

Auch Kobanê ist erneut bedroht. Die Stadt wird belagert und ist weitgehend von der Außenwelt abgeschnitten. Die humanitäre Lage ist katastrophal. Die Bevölkerung ist den winterlichen Bedingungen schutzlos ausgeliefert. Dass ausgerechnet dieser symbolische Ort des Widerstands gegen den IS wieder angegriffen wird, unterstreicht die politische Tragweite der Eskalation.

Eine Städtepartnerschaft mit Kobanê wäre daher ein politisches und humanitäres Signal. Kobanê hat seine Freiheit unter extremen Bedingungen verteidigt. Die Stadt steht für Widerstand gegen IS-Terror, für Selbstbestimmung und für den Mut, eine demokratische Gesellschaft aufzubauen. Es gibt bereits die erste und bislang einzige offizielle Städtepartnerschaft mit einer nordostsyrischen Stadt des Bezirks Friedrichshain-Kreuzberg, Dêrik e.V., die seit 2019 zahlreiche Projekte im Gesundheits-, Bildungs- und Umweltbereich vor Ort erfolgreich umgesetzt hat und gegenwärtig Nothilfe für die vielen Geflüchteten in Dêrik und Umgebung leistet.

Vor diesem Hintergrund ist entschlossenes Handeln auch seitens Berlins, wo eine große kurdische, jesidische und syrische Diaspora lebt, erforderlich. Als Stadt der Freiheit und als sicherer Hafen steht Berlin in der politischen Pflicht, den hier lebenden Menschen Schutz und Sicherheit zu gewährleisten. Dazu gehört die Versammlungsfreiheit, Schutz auf Demonstrationen sowie Schutz vor Hetze, Angriffen und Bedrohung durch islamistische Akteure.

Berlin, den 02.03.2026

Helm Schulze Schubert
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Die Linke